



Alternativantrag

Der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Gesundheit schützen - nationaler Aktions- und Handlungsplan gegen PFAS“ (Drucksache 20/803)

Gesundheitsschädliche PFAS EU-weit beschränken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass sich der Bund zusammen mit den Ländern Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden für eine umfassende Beschränkung von Chemikalien aus der Gruppe der sogenannten per- und polyfluorierter Alkylverbindungen (PFAS) in der EU einsetzt.

Wichtig ist, dass gemeinsam europaweit gehandelt wird, um ganzheitliche Lösungen zu finden, Wettbewerbsverzerrung und Verlagerung von Umweltschäden zu verhindern.

Begründung:

PFAS sind eine Gruppe von mehreren tausend einzelnen Chemikalien, die aufgrund ihrer Eigenschaften mit wasser-, fett- und schmutzabweisender Wirkung in vielen Alltagsprodukten wie bspw. Haushaltswaren, Kosmetika, Zahnseide und Textilien aber auch in Feuerlöschmitteln oder Wärmepumpen zu finden sind. PFAS sind mittlerweile ubiquitär in Gewässern, Böden und Biota verbreitet. Daneben sind punktuelle Belastungen bekannt, die oftmals aufgrund des Umgangs mit PFAS (Brandereignisse, Feuerlöschübungen oder Industrie-/Gewerbestandorten mit PFAS-Verwendung) entstanden sind. Es ist davon auszugehen, dass viele verunreinigte Orte noch unbekannt sind. Mit der Belastung von PFAS in Böden und Pflanzen und der Anreicherung in Fischen werden diese Stoffe auch in die menschliche Nahrungskette aufgenommen. PFAS stehen im Verdacht krebserregend zu sein, unfruchtbar zu machen und generell das Immunsystem zu schwächen. Sofern das angestoßene REACH-Beschränkungsverfahren nicht zu einer umfassenden Beschränkung führt, sind zum Schutz der Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gegebenenfalls weitere nationale Maßnahmen, wie sie auch andere Länder beschlossen haben, zu ergreifen.

Cornelia Schmachtenberg
und Fraktion

Silke Backsen
und Fraktion